

Zeitung

Verundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 188.

Halle, Donnerstag, den 22. April 1920.

Einzelpreis 20 Pf.

Bezugspreise:
 für Halle monatlich bei zweimonatlicher
 Abrechnung 6,30 Mark, vierteljährlich
 18,30 Mark, durch die Post 18,30 Mark,
 einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen
 werden von allen Reichspostämtern
 angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis
 unter der Bezeichnung „Zeitung“ eingetragen.
 Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte
 wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung
 von Zeitungen, die nicht in halbjährlicher
 Abrechnung, Fernr. der Geschäftsleitung Nr.
 1140, der Postzeitungs-Verwaltung Nr. 1418
 u. 7411, der Zeitschriften-Verwaltung Nr. 1177.

Anzeigenpreise:
 Die 8 gefaltene 34 mm breite Millimeter-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., Resten
 die 42 mm breite Millimeterzeile
 2,00 Mark. Anzeigen nehmen an
 unsere Geschäftsstellen u. sämtliche
 Anzeigenstellen. Erfüllungsort:
 Halle. Erbsitz 18/19, 1. mal, 2. mal,
 Geschäftsstellen: 22 und Markt 24.
 Geschäftsleitung und Haupt-Geschäfts-
 stelle: Halle, Neue Promenade 10, Dr. Buchhändlerstr. 17.
 Adressen-Geschäftsstellen: Große
 Mühlstraße 32 und Markt 24.
 Postfach-Konto Leipzig Nr. 4008.

San Remo.

Ein Vize-Minister überbringt die Lage: Hier sind wir also im Paradies — wer von uns drei in mich die Erlaubnis? Das deutsche Gefühl wird in der Regel antworten: Milnerand. Aber der französische Ministerpräsident, dem nur die erlauchtete Majorität der Kammer die unmittelbare parlamentarische Diktatur auf seinen Willkürschritzen ist, ist bei der Entscheidung über diese Frage noch mehr verunsichert, als er vielleicht sein kann. Man kennt im Dreimächterpakt von San Remo die Wünsche Frankreichs und die Interessen dieser Mächte viel zu genau, um verleitbar zu sein; man hat es bereits bewiesen. Nicht England oder Italien, sondern Frankreich ist der Verhinderung ausgehört, nach der gefährlichen Frucht der Gewaltpolitik zu greifen. Von den beiden Bundesgenossen ist der britische so ziemlich gesättigt, der italienische zwar hungrig, aber nicht nach den Erzeugnissen deutscher Fertigung. Nur Frankreich, und auch nur ein Frankreich, dessen Verweigerungspolitik vom Verfall eines Nachbarn abhängt, leben zu können u. kann im Paradies von San Remo eine fast unerschöpfliche feindliche Antwort auf die deutsche Frage tragen.

In der Vereinfachung, die ihr besonders durch Frankreich gegeben wird, lautet aber diese Frage: Wie bringt man Deutschland zur Erfüllung des Versailles-Vertrages? Dabei ist die Stellung, die den drei in San Remo vertretenen Mächten durch Vorteil und überförmliche Politik angewiesen sind, so klar, daß die Hauptziele der Ministerberatung in der Lage sind, die verschiedenen Auffassungen der Mächte im Voraus auf eine schematische abgefaßt, vermutlich aber das Weltliche treffende Formel zu bringen. Diese Formel lautet: Frankreich verlangt uneingeschränkte Erfüllung des Versailles-Vertrages, Italien fordert die Revision. England wünscht nicht grundsätzliche Vertragsänderung, wohl aber Anpassung von Fall zu Fall. Damit sind die Voraussetzungen, die Milnerand, Lloyd George und Nitti nach San Remo mitzubringen, zu gut gekennzeichnet, daß man mit einiger Sicherheit erwarten kann, das vornehmste Schema durch den Verlauf der Beratungen bestätigt zu sehen. Welche der bekannten Kräfte aber wird das Ergebnis formen?

Milnerand, im Grunde nur er, erscheint in San Remo als Förderer. Das ist seine Stärke und seine Schwäche. Die von ihm vertretene Politik sieht teils triebhaft, teils mit Bewußtsein, die „deutsche Frage“ einfacher als die andern je sehen dürfen. Deutschland verlangt den Vertrag zu umgehen. Deutschland rüdet. Deutschland muß einwilligen werden. Befragt man das Ruhrgebiet, so erwidert man Vertragsverletzung oder — befällt das Land. — Es ist bereits gewiß, daß diese Gedankenfolge den beiden Verbündeten zu leicht und zu französisch ist. Sie haben im Vertrags-Texte können, daß der bayerische Ministerpräsident mit seinem Einspruch gegen die Auflösung der Einwohner ihren durchwegs Recht habe: für Bayern nach. — Nach diesem Vorbehalt hinsichtlich Süddeutschlands werden die Vorbesagten die Aufsichtspflicht Milnerands beurteilen können, wenn er behaupten sollte, umrunden, wie der Aufruf im Ruhrgebiet, lieben sich ohne Truppen beschränken, und alles, was die deutsche Regierung an militärischen Maßnahmen ausübte, sei Vorbereitung des Nachkriegs. Man wird den Franzosen ihre eigenen Erklärungen entgegenhalten, die belagen, Frankreich wünsche und brauche die Pflege wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland; und man wird sie empfinden lassen, daß sie auf diese Beziehungen angewiesen sind. Es ist, nach diplomatischen Gewohnheiten, durchaus begründlich, wenn besonders England sehr kräftig Frankreich verweisen will und meint es an der Formel: Vertragsverletzung grundsätzlichen Verstoß. Auch täuschen wir uns darüber nicht, daß ein gewisses Wohlwollen allenfalls von Italien, bestimmt nicht von England zu erwarten ist. Keines dieser beiden Länder aber kann seinen Vorteil bei einer Franzosenverhaftung über Festlandeuropas, wo aber dem dadurch bedingten wirtschaftlichen Verfall Deutschlands — und Frankreichs finden. Danach werden sie handeln.

Allerlei von der Entente-Konferenz.

San Remo, 22. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die deutsche und die adriatische Frage, sowie die kolonialen Kompensationen sind nach nicht ernstlich in Aussicht genommen worden. Erich Wilsons Rolle wird beschlossen, den Entlass in Konstantinopel zu belassen. Nitti und Lloyd George schlagen vor, die ähnersten wirtschaftlichen und produktiven Fähigkeiten Deutschlands zu prüfen und demgemäß die Entschädigungen durch die Wirtschaftsuntersuchungskommission festzulegen. Milnerand weigerte sich, hierüber zu diskutieren. Armenien ist über die Entscheidung des Obersten Rates sehr befröhlicht. Es fehlt ihm jedoch an Geldmitteln für die politische und wirtschaftliche Neuregelung.

Basson und Beatin sind angekommen. Matrosen italienischer Kriegsschiffe überreichen dem englischen Admiral Beatty einen Blumenkranz. Poincaré schreibt seit Beginn der Konferenz Artikel für französische Zeitungen, die für das alte verfassungsmäßige Regiment eintreten. Eine französische diplomatische Persönlichkeit sagte, Frankreich müsse die Ausübung der Verfassung des

schlossenen Friedensabhandlungen verlangen, aber Deutschland wirtschaftlich unterstützen, das Frankreich ebenfalls wirtschaftlich ruinieren würde. Italien hat Griechenland in Bezug auf Smyrna, Thrazien und Albanien Juncidlandje gemacht. Die Konferenz legte die Requisitionenrechte in der Türkei fest, um die Anzahl zu erleichtern und die Bevölkerung zu beruhigen. Es sind Untersuchungskomitee ernannt worden, um die Zuständigkeiten, die Flotte und das Landheer der Türkei zu kontrollieren. Der Dierste Major fragte, wer im Falle, daß die Türkei die Bedingungen nicht ausführen würde, sie zur Beachtung zwingen würde. Wenigstens erklärte, daß die militärischen Streitkräfte Griechenlands allein hierzu genügen würden. In der Frage der Miretina Turkei wurde beschlossen, daß Turkei zunächst bei der Türkei bleiben solle.

Paris, 21. April. Der Sonderberichterstatter des „Autantico“ berichtet aus San Remo, Poincaré habe, um England und Italien unterrichten, bei der Aufstellung der Türkei einen großen Teil erhalten. Griechenland werde die ehemaligen griechische Türkei mit Ausnahme der Banatiete von Konstantinopel zugesprochen.

Drei deutsche Notizen.

Berlin, 22. April. Der „S.-M.“ erhält über den Verlauf von San Remo, daß die deutsche Regierung der Friedenskonferenz drei Notizen vorgelegt habe, und zwar ihre Antwort wegen der Einmischung des Reiches, ferner die Bitte, die für das zentrale Gebiet zurechnenden Truppen nach der Anzahl und nicht nach der Zahl der tatsächlichen Kräfte zu bestimmen und mehr Kritiker zuzulassen, und endlich den Antrag, die Reichswehr auf 200 000 Mann einzusetzen zu dürfen, da sonst die Ordnung nicht aufrecht zu erhalten sei.

Die Entente-Kommission im Ruhrgebiet.

Krefeld, 22. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die Entente-Kommission, die das Ruhrgebiet besuchte und sich von den Zuständen dortlichst überzeuget hat, erklärt in ihrem ersten Bericht, daß die deutschen Truppen das Gebiet noch nicht geräumt hätten. Die Kommission habe besonders festzustellen versucht, wo sich die großen Kriegsmaterialdepots befinden, doch wurden nirgendwo in den Depots große Mengen vorgefunden. Die Kommission empfiehlt, daß die unmittelbare Auslieferung des Materials von der deutschen Regierung dringend gefordert werde.

Düsseldorf, 22. April. (Eig. Drahtnachricht.) In der Stadtvorversammlung wurde eine Stadtvorrede über der Deutschen Volkspartei mit, daß seit Tagen von den belagerten Truppen Sprengkammern in den mittleren Reihen der Rheinbrücke getrieben wurden, aufsteigend mit der Absicht, im Falle einer Gefahr die Brücke zu sprengen. Der Oberbürgermeister antwortete, daß die städtische Verwaltung bereits an den Reichsminister des Auswärtigen das Erlauchen gerichtet habe, sofort Vorkehrungen gegen die Maßnahmen zu erheben.

Die Lage im Wuppertal.

Barmen, 22. April. (Eigene Drahtnachricht.) Im Wuppertal herrscht Ruhe. Die Mitglieder des verlassenen Zentralrates sind noch in Barmen, wachen sich aber nicht laut bemerkbar. Die Polizei ist bis auf 40 Beamte wieder im Dienst, allerdings ohne Uniform. In der Beamtenhaft herrscht Stimmung für einen Protestfall, falls die Polizeibeamten nicht restlos wieder eingestell werden.

Deutsche Schmach.

London, 21. April. Im Unterhaus erwiderte Churchill auf eine Anfrage über die Verwendung deutscher Zivilisten in englischen Regimenten in Rheinland als Offizierskandidaten, Streiter usw., er habe Bericht eingehend.

Neue belgische Gewaltmaßnahmen.

Namen, 21. April. Der belgische Ortskommandant verfügte, insofern weiterer Zwischenfälle und Anhebungen der Bevölkerung gegen die Maßnahmen der Allierten innerhalb des belgischen Besatzungsgebietes, die Verhängung des Belagerungszustandes auf die Dauer von drei Wochen. Die gleiche Bestimmung gilt für die Kreise Cuyven und Palmeba. Anschließ wird in einer öffentlichen Rundgebung, Einsetzung von acht belgischen Legekassgerichten mitgeteilt, die sofort in Kraft treten. Protestfalle und Anhebungen innerhalb der belgischen Besatzungszone sind streng unterlagt.

Die Malteser.

München, 22. April. (Eigene Drahtnachricht.) Der Leiter der christlichen Gewerkschaften Bayerns erklärte öffentlich, daß die christlichen Arbeiter und Angestellten den 1. Mai nicht feiern würden.

Brederer verhaftet.

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erlaben, ist der ehemalige Reichsminister Brederer, der

in den ersten Tagen der Rappistatur eine Rolle spielte, gestern in Berlin verhaftet worden. Er hatte sich unter dem Namen Karl Schulbig in Gaiow bei Potsdam aufgehalten, wo er auch festgenommen wurde.

Die Säuberung der Verwaltung von Putschfreunden.

Die von Putschfreunden angeführte Reinigungsaktion in Bonnien ist nunmehr zur Laizage gekommen. Die preussische Staatsregierung teilt mit: Im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform in Preußen sind folgende Landräte ihres Amtes entlassen worden, nachdem die Mehrzahl von ihnen bereits beurlaubt war: Dr. Großmann Landrat Dr. Anoll, in Reuterin Landrat v. Dammberg, in Grimmen Landrat v. Aufjorow, in Köslin Landrat v. Gienhardt-Mohe, in Bitow Landrat Schulze, in Rüttil Landrat Leje. Der Landrat von Milgen, v. Walzahn, ist freiwillig zurückgetreten.

Neuorganisation des Wehrministeriums.

Der Reichswehrminister ist, zurzeit mit den Plänen für eine völlige Neuorganisation seines Ministeriums beschäftigt. Bei der Neugliederung, die im Gange ist, wird u. a. auch die Stellung des Generals v. Sedt ebenfalls geregelt werden. General v. Sedt ist als Chef der Heeresleitung dem Reichswehrministerium zurzeit gewissermaßen als Referent für Heeresangelegenheiten unter dem Reichswehrminister zugewiesen, gleichfalls mit dem Chef der Admiralität. Er ist nicht Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommando 1 Berlin, dessen Geschäftsbereich, der früher in Schutztruppe Kommandierendes General von Bergmann befand, nunmehr in General von Sedt nicht Oberbefehlshaber in den Marken, da mit der Neuorganisation des Ausschussbereichs ein militärischer Oberbefehlshaber in den Marken überhaupt nicht mehr existiert.

Untersuchungsamt für die Märzorgane.

Zur eingehenden Untersuchung der Vorgänge im März d. J. ist im Reichswehrministerium unter Aufsicht des Untersuchungsleiters ein besonderes Amt eingerichtet worden. Dieses Amt gliedert sich in mehrere Dezerate, die unter parteilicher Leitung eines Stabschefs und eines Betreters aus dem zivilen Stande die eingegangenen Beschwerden prüfen, sie vervollständigen und nach Abschluß eines Ausfuchs zur Begutachtung überbereiten. In diesem Ausfuchs haben die zivilen Betreter die ausschlaggebende Stimmengahl. Es wird versucht werden, den Beschwerden so schnell und gründlich zu prüfen, um durch einwandfreie Feststellungen ein gerechtes Urteil fällen zu können. Ähnlich wird nach berichtet. Das deutsche Volk darf beruhigt sein, daß die Schulbigen bestiftet werden. Die Angehörigen der Armee aber, die treu und ohne Umschweife zur Verfügung gestanden haben, müssen auch ihrerseits die Gerechtigkeit bekommen, daß das Volk ihnen Vertrauen entgegenbringt. Beschwerden gegen Angehörige des Heeres und der Marine wegen Vorkommnisse in den Tagen des Rappistatut-Putches im März 1920 sind mit genauer Untersuchung und Aufschuß versehen sofort an das Untersuchungsamt für die Märzorgane, Berlin SW. 10, Königin-Augustastr. 40, zu richten.

Major von Giffa beurlaubt.

Berlin, 22. April. (Eig. Drahtnachricht.) Major von Giffa, der dem persönlichen Stabe des Reichswehrministers angehört, ist beurlaubt worden. Er spielte, nachdem Roste in den ersten Revolutionswochen die militärische Leitung übernommen hatte, eine bedeutende Rolle. Roste machte ihn zu seinem ersten Mitarbeiter und von Giffa war dann in militärischen Dingen der tätige Leiter des Reichswehrministeriums. Seine Beurlaubung kommt sehr überraschend.

Rücktritt des sächsischen Ministerpräsidenten.

Die Urfrage des Rücktritts Dr. Gradnauers ist in dem Hofgarten zu suchen. Seine mangelnde Energie hat so allgemeine Unzufriedenheit hervorgerufen, daß sein Rücktritt unvermeidlich war, um so mehr, als die Demonstration des Vogtlandes fortwährend auf Eingreifen der Truppen gebrängt hatten. Die sofortige Flucht des Fürst und seiner ganzen Bande zeigt, daß es nur wenige Soldaten und nur ein geringer Energie bedürft hätte, um dem ganzen Spieß ein Ende zu machen.

Generalfreik in Elsaß-Lothringen.

Strasbourg, 22. April. (Eigene Drahtnachricht.) Für heute Mitternacht ist für ganz Elsaß-Lothringen der Abruch des Generalfreies angeordnet. Die Zeitungen erscheinen nicht, auch die Polizeibeamten treten in den Streik.

Angestelltenstreik.

Wien, 22. April. Die Leitung des Bundes der industriellen Angestellten hat infolge Ablehnung der Forderungen der Angestellten den Ausbruch für heute angekündigt. Die lebenswichtigen Betriebe treten erst am 28. April in den Ausstand.

Wien, 22. April. Bei dem heute beginnenden Streik der Inbetriebungsstellen kommen 70 000 Angestellte in Betracht.

Amerikanische Lebensmittel für Deutschland.

Wie die „P. P. R.“ erfahren, besteht begründete Aussicht, daß ein amerikanisches Konsortium dem Deutschen Reich

